

**18. Wahlperiode**

## **Schriftliche Anfrage**

**der Abgeordneten Hendrikje Klein (LINKE)**

vom 31. Juli 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 03. August 2020)

zum Thema:

**Konzept für Ehrenamts- und Vereinshilfen zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie – Umsetzung und Kriterien**

und **Antwort** vom 13. August 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 17. Aug. 2020)

Der Regierende Bürgermeister  
von Berlin  
- Senatskanzlei –

Frau Abgeordnete Hendrikje Klein (DIE LINKE)

über

den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei – G Sen –

A n t w o r t

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/24340  
vom 31.07.2020.

über Konzept für Ehrenamts- und Vereinshilfen zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie – Umsetzung und Kriterien

---

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

I. Soforthilfeprogramm

1. Ab wann ist eine Antragstellung für Soforthilfe möglich und ab wann sind die Auszahlungen geplant?

Zu 1.: Die technische Vorbereitung des Verfahrens zur Antragsstellung und Auszahlung der Soforthilfe ist aktuell noch im Gange. Voraussichtlich Ende September soll die Antragstellung möglich sein. Die Auszahlungen sollen je nach erforderlichem Prüfaufwand bis spätestens 31.12.2020 erfolgen.

2. Wo kann Soforthilfe beantragt werden, wird es einen Online-Antrag auf den Seiten der IBB geben?

Zu 2.: Die Soforthilfe soll online auf den Seiten der Investitionsbank Berlin (IBB) beantragt werden können. Zudem werden umfangreiche Informationen über die Soforthilfe auf dem Engagementportal bürgeraktiv veröffentlicht.

3. Wer administriert die Abwicklung der Zuschüsse?

Zu 3.: Die Investitionsbank Berlin (IBB).

4. Wer kann den Zuschuss beantragen und welche konkreten Voraussetzungen müssen Antragsteller\*innen erfüllen?

- a. Spielt z.B. die Mitarbeiter\*innen-Zahl eine Rolle?
- b. Dürfen nur Vereine, die nicht überwiegend öffentlich gefördert sind, Soforthilfe beantragen?
- c. Sind Projektförderungen ein Ausschlussgrund?

5. Welche konkreten Auflagen sind mit der Antragsstellung auf Soforthilfe verknüpft?

Zu 4. und 5.: Antragsberechtigt sind Vereine und Organisationen mit Sitz in Berlin,

- die gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Zwecke verfolgen und gemäß §§ 52, 53, oder 54 der Abgabenordnung (AO) als steuerbegünstigt anerkannt sind,
- in denen freiwilliges und ehrenamtliches Engagement eine tragende Rolle spielt,
- die sich zur Berliner Charta zum Bürgerschaftlichen Engagement und zu einer vielfältigen Gesellschaft bekennen und sich aktiv gegen Diskriminierung, Gewalt, Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit stellen,
- die glaubhaft machen können, dass Liquiditätsengpässe infolge der Corona-Pandemie zur Existenzbedrohung führen.

Antragsberechtigt sind nur Träger, die bis zum 31.12.2019 nicht in Liquiditätsschwierigkeiten waren, aber danach in Folge des Ausbruchs von COVID-19 in Liquiditätsschwierigkeiten geraten sind bzw. geraten. Die Liquiditätsengpässe dürfen nicht auf einer Kürzung öffentlicher Zuwendungen und Zuschüsse beruhen.

Die Soforthilfen werden nur gewährt, wenn zur Abwendung des existenzbedrohenden Zustands keine anderen Förderungen oder Hilfen in Anspruch genommen werden können, welche die gleichen Notlagen wie diese Regelung ausgleichen, und keine anderen Ansprüche auf Schadensausgleich bestehen.

Vereine, die öffentliche oder private Zuwendungen zur Deckung der gesamten Ausgaben oder eines nicht abgegrenzten Teils ihrer Ausgaben erhalten, sind von diesem Programm ausgeschlossen. Vereine können die Soforthilfen trotz gewährter Projektförderung der öffentlichen Hand erhalten, wenn sie in projektunabhängige Liquiditätsengpässe geraten.

Das Programm ist subsidiär angelegt, also nachrangig zu anderen Hilfen von öffentlichen Stellen (Bund und Land Berlin). Zudem muss der Antragsteller zunächst alle eigenen Möglichkeiten wie etwa den Verbrauch von Ansparungen oder Rücklagen zur Bewältigung der Krise ausschöpfen. Ausgenommen hiervon sind Rücklagen, die in Kürze für dringende und unabweisbare Maßnahmen benötigt werden. Sollten der antragstellenden Organisation nach dem Zeitpunkt der Antragstellung neue Einnahmen zufließen, sind diese für die Bewilligung bzw. Auszahlung der Mittel aus dem Soforthilfeprogramm unschädlich.

Voraussetzung für die Leistung der Soforthilfe ist ferner, dass der Antragsteller alles unternommen hat, um die laufenden Kosten so weit wie möglich zu reduzieren.

Die Anzahl der Mitarbeitenden spielt keine Rolle bei der Vergabe der Billigkeitsleistungen.

6. Nach welchen Kriterien werden die Anträge geprüft und von wem?

Zu 6.: Die Entscheidung über eine Gewährung der Billigkeitsleistungen wird auf Grundlage der im Antragsverfahren vorgelegten Unterlagen getroffen. Zur Gestaltung des Vergabe- und Prüfverfahren befindet sich die Senatskanzlei derzeit noch im Abstimmungsprozess mit der Investitionsbank Berlin.

7. Für welchen Zeitraum stehen die Hilfen zur Verfügung?
8. Wie berechnet sich die Höhe des zu gewährenden Zuschusses?

Zu 7. und 8.: Die Gesamthöhe des Soforthilfe-Programms beträgt 4.900.000 Euro (inkl. der noch zu ermittelnden Kosten für die Abwicklung des Programms).

Die Soforthilfe wird als eine einmalige nicht rückzahlbare Leistung als Zuschuss in Form eines Schadensausgleichs gewährt. Diese Billigkeitsleistungen werden nur für existenzbedrohliche Liquiditätsengpässe gewährt, die nach dem 17. März 2020 entstanden sind. Ein existenzbedrohlicher Liquiditätsengpass liegt vor, wenn der Antragsteller Verbindlichkeiten zu befriedigen hat, für deren Begleichung absehbar keine ausreichenden liquiden Mittel zur Verfügung stehen, obwohl deren Eingang eingeplant war.

In Abhängigkeit von den Gesamtausgaben und der finanziellen Belastung der antragstellenden Organisation werden Soforthilfen in Höhe von grundsätzlich bis zu 20.000 Euro pro Antragsteller gewährt. Ausnahmen sind in besonders schwerwiegenden Fällen möglich. Dabei ist ausschlaggebend, wie groß die Liquiditätslücke zum Zeitpunkt der Antragstellung ist.

Für Bagatellschäden kommen Billigkeitsleistungen nicht in Betracht. Billigkeitsleistungen nach diesem Programm können nur bewilligt werden, wenn die Höhe des verbleibenden Liquiditätsengpasses insgesamt mindestens 1.000 Euro beträgt.

9. In welchem Verhältnis steht der Landeszuschuss zu dem Kreditsonderprogramm über die KfW des Bundes zur Stabilisierung gemeinnütziger Organisationen für die Jahre 2020 und 2021?

Zu 9. Das Programm ist grundsätzlich subsidiär angelegt, also nachrangig zu anderen Hilfen von öffentlichen Stellen (Bund und Land Berlin). Das KfW-Kreditprogramm des Bundes ist regelmäßig nicht als Einnahme zu betrachten, da die Kredite in voller Höhe zurückgezahlt werden müssen.

## II. Unterstützung für gemeinnützige Vereine und Organisationen bei der Digitalisierung

1. Für wann ist der Projektstart geplant?

Zu 1.: Der Projektstart ist für Anfang September geplant.

2. Was soll mit der zur Verfügung stehenden Summe von 100.000 Euro konkret gefördert/entwickelt werden?

Zu 2.: Ziel des Projekts ist es, zivilgesellschaftliche Akteure, deren Arbeit in vielen Bereichen von ehrenamtlichem Engagement getragen wird, so zu unterstützen, dass Hürden im Bereich der Digitalisierung abgebaut, digitale Chancen genutzt, neue Zielgruppen erreicht und die Effektivität des Engagements nachhaltig verbessert werden können. Dazu gehört die bedarfsgerechte Entwicklung von Prototypen und Lösungen einer gemeinwohlorientierten Digital-Infrastruktur für die Berliner Zivilgesellschaft, die anschließend für andere Akteure kostenfrei und quelloffen (open source) zur Verfügung gestellt werden soll. Denkbar sind etwa Videokonferenz-

Lösungen, Terminplanungssysteme, datenschutzkonforme Cloud-Datenspeicher, Online-Kollaborationstools, Abrechnungssysteme etc.

3. Ist eine Beteiligung der zivilgesellschaftlichen Akteure zur Bedarfsanalyse seitens des CityLAB geplant?

Zu 3.: Ja. Das CityLab führt zur Konkretisierung der Projektkonzeption Gespräche mit verschiedenen Akteuren der Zivilgesellschaft, um Synergien zu erschließen und Redundanz zu vermeiden.

4. In welchem Zusammenhang steht das Projekt mit der Engagementstrategie des Landes, welche auch den Ausbau der Digitalisierung im Bereich des ehrenamtlichen Engagements vorsieht?

Zu 4.: Die Erkenntnisse aus dem Beteiligungsprozess für die Entwicklung der Berliner Engagementstrategie sind ein wichtiger Grund dafür, dieses Projekt ins Leben zu rufen. Ferner fließen sie in die inhaltliche Ausgestaltung des Projekts mit ein.

Berlin, den 13.08.2020

Der Regierende Bürgermeister  
In Vertretung

Christian Gaebler  
Chef der Senatskanzlei